

Kosten bereiten Sorgen

Bürgerliche für Politikwechsel

Von Mischa Hauswirth

Basel. Die SVP Basel-Stadt hat gestern als Erste reagiert, nachdem Finanzdirektorin Eva Herzog (SP) das Budget 2018 vorgestellt hatte, und eine Medienmitteilung verschickt. Doch im Ansatz sind sich die bürgerlichen Parteien einig: Von der guten Finanzlage des Kantons soll nun auch der Mittelstand profitieren. «Es wäre an der Zeit, dass der Überschuss an die zurückgegeben würde, die alles bezahlen», sagt etwa Balz Herter, Präsident der CVP Basel-Stadt. «Für mich sieht es so aus, als würde für eine untere Schicht alles getan, für den Mittelstand aber nichts. Es braucht deshalb jetzt unbedingt Steuersenkungen.»

Das sehen auch die anderen bürgerlichen Parteien so. «Aufgrund der anhaltenden Überschüsse gibt es keinen vernünftigen Grund, länger damit zuzuwarten», sagt etwa Luca Urgese, Präsident der FDP Basel-Stadt.

Immer mehr Staatsangestellte

Kritisiert wird, dass vorsätzlich zu konservativ budgetiert werde, um dann bei der Rechnung 2018 glänzen zu können. «Was mir wirklich Sorgen bereitet, sind die ständig wachsenden Ausgaben bei der Sozialhilfe und den Krankenkassenverbilligungen. So kann und darf es nicht weitergehen», sagt Patricia von Falkenstein, Präsidentin der LDP. Basel müsse sich die Frage stellen, wie diese Entwicklung in den Griff zu bekommen sei. Auch SVP-Präsident Lorenz Nägelin sieht Handlungsbedarf: Mit 697 Millionen Franken seien die Sozialkosten veranschlagt und somit über 100 Millionen Franken höher als vor fünf Jahren. «Eine Trend-Umkehr ist nicht erkennbar. Wir verlangen, dass der Regierungsrat ein Konzept vorstellt, welches eine Senkung der Sozialkosten vorsieht.»

In Kritik steht weiter die wachsende Schar von Staatsangestellten. «Bezeichnend ist, dass der Kanton weiterhin neue Stellen schafft und in jedem Departement der Headcount ansteigt», so Nägelin. Auch wenn in gewissen Bereichen der Personalbedarf anerkannt werden könne, seien viele neue Stellen nicht notwendig.